



Treffen im Weißen Haus.

KARIKATUR: TOMICEK

LEITARTIKEL

Sachsen muss noch viel lernen

VON UWE KUHR

- Der Freistaat braucht junge Fachkräfte in Wirtschaft und Handwerk
- Mehr als jeder vierte Azubi bricht derzeit seine Lehre ab
- Ministerien, Arbeitsagentur und Kammern halten dagegen

Die Arbeitswelt ist im Wandel. Immer neue Lehrberufe entstehen, neue Fertigkeiten werden gebraucht, neues Wissen gefordert. Aber was die beliebtesten Berufe angeht, ist in Sachsen seit Jahren Stillstand, sagt die Bundesagentur für Arbeit.

Mit großem Abstand stehen bei jungen Männern im Freistaat Berufe wie Kfz-Mechatroniker, Industriemechaniker oder Fachinformatiker weit oben. Bei den jungen Frauen führt Verkäuferin, Einzelhandelskauffrau und Friseurin die Lehrstellen-Wunschliste an. Arbeitsvermittler fassen das so zusammen: Männer wollen was mit Technik, Frauen was mit Menschen. So einfach? So einfach. Leider.

Trotzdem ist die Lage kompliziert. Zunehmend geraten Eltern in die Bredouille, wenn sie ihren Kindern bei der Berufswahl helfen sollen. Denn oft wirken die geschilderten Berufsbilder und ihre immer neuen Facetten verunsichernd. Zuerst für die Alten, dann für die Jungen. Und nicht selten machen sie beide sprachlos. Dann greift man wohl nach Altbewährtem oder – wer kann – geht gleich studieren. Dann eben was mit Mathematik oder Literatur. So einfach? Zugegeben, nicht ganz. Dass am Ende aber alle zufrieden sind, verneint die Statistik.

Denn Abbrecher gibt es viele – in der Lehre wie beim Studium. Im groben Durchschnitt wirft jeder dritte Jugendliche in Sachsen mindestens einmal eine Ausbildung hin. Das ist nicht nur traurig, sondern auch teuer. Und etwas anderes wird deutlich: Die Berufsorientierung für Jugendliche selbst steckt immer noch in den Kinderschuhen.

Echte Berufsorientierung kann nicht früh genug beginnen, sie braucht mehr Zeit, mehr Möglichkeiten, um sich praktisch auszuprobieren, und zu guter Letzt echte Perspektiven für die berufliche Entwicklung. Letztere bildet die Grundlage für etwas, was Berufsausbilder vermischen: den Willen mancher Ju-

gendlicher, sich überhaupt beruflich festzulegen. Denn nur wer weiß, wofür er lernt, kann so etwas wie einen Berufsethos, also Stolz aufs eigene Können, entwickeln. Oder um es mit dem Philosophen Friedrich Nietzsche zu sagen: Ein Beruf ist das Rückgrat des Lebens.

Es kann also auch nicht auf ewig dabei bleiben, dass Ausbildungsberufe für Männer überwiegend was mit Technik und die für Frauen was mit Menschen zu tun haben. Diese

Echte Berufsorientierung kann nicht früh genug beginnen, sie braucht mehr Zeit, mehr Möglichkeiten, um sich praktisch auszuprobieren.

schematische Arbeitsteilung ist unzeitgemäß und überholt. Man wird sie vielleicht nie ganz aufheben können, aber Frauen Lust auf technische Berufe zu machen, ist aller Mühe wert. Das gilt auch umgekehrt für Männer und soziale Berufe.

Es wird an den Schulen in Sachsen nicht wenig für die Berufsorientierung getan. Aber es ist noch nicht genug und geschieht oft zu unkoordiniert. Zu viele Akteure – Berater, die Bundesagentur, die Kammern, Wirtschaftsverbände und einzelne Unternehmen – sind beteiligt. Alle meinen es gut. Die besten Ansätze in der Berufsorientierung zu finden und zu bündeln, vielleicht sogar ins neue Schulgesetz zu schreiben, ist dringend geboten.

uwe.kuhr@freiepresse.de

BERLIN – Mit seinen teils kruden Wahlkampfaussagen zur künftigen Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt oder zum Einsatz von Atomwaffen hat der zukünftige republikanische US-Präsident Donald Trump viele Deutsche und Europäer verängstigt und verschreckt. Doch der schrille Wahlsieger wird seine Politik nicht an Parlament, Partei und am Establishment vorbei durchsetzen können, sagt Thorsten Freers von der US-Denkfabrik Aspen Institute in Berlin. Alessandro Peduto hat mit ihm gesprochen.

Freie Presse: Viele Deutsche und Europäer blicken mit Angst und Sorge auf die künftige Amtszeit des neuen republikanischen US-Präsidenten Donald Trump. Müssen wir tatsächlich Angst haben?

Thorsten Freers: Angst ist, glaube ich, das falsche Wort. Es ist eher der Schock, dass es eine schrille Person wie Trump überhaupt geschafft hat, US-Präsident und damit der mächtigste Mann der Welt zu werden. Wenn dieser Schock verdaut ist, wird ein gewisser Pragmatismus im Verhältnis zwischen Deutschland beziehungsweise Europa und den USA eintreten. Denn allen ist klar, dass es auch in Zukunft stabile Beziehungen in Sicherheitspolitik, Wirtschaft und zwischen den Gesellschaften braucht.

Für gewöhnlich haben viele Deutsche vor allem Vorbehalte gegenüber republikanischen Präsidenten wie Ronald Reagan und den Bushs. Im Fall Trump ist die Abwehrreaktion um ein Vielfaches größer. Warum?

Trump ist ein völliger Neuling im politischen Geschäft und hat einen beispiellos harten, polarisierenden Wahlkampf geführt, der persönlich sehr verletzend und extrem populistisch war. Es gab beispielsweise noch nie einen Kandidaten, der das Wahlversprechen abgeben hat, die Gegenkandidatin einsperren zu lassen. Das hatte eine neue Qualität. Insofern stellen sich viele die Frage, ob das wieder eingefangen werden kann oder ob es stilprägend für Trumps Präsidentschaft ist und er einen Teil seiner Ankündigungen tatsächlich umsetzt. Es ist ein Novum. Denn eine solche Sorge gab es bei anderen republikanischen US-Präsidenten nicht.

Hat es Deutschland und Europa kalt erwischt?

Ja. Allerdings frage ich mich, warum sich Europa nicht vorzeitig auf ein solches Szenario vorbereitet hat. Genügend Zeit dafür gab es. Spätestens nach der ebenfalls überraschenden Brexit-Entscheidung hätten die Europäer vorgewarnt sein können. Trumps Wahl offenbart die Schwä-

DAS THEMA: US-WAHL 2016

Europa kalt erwischt

Die Wahl Donald Trumps zum Lenker der USA schürt weltweit Besorgnis, selbst wenn er sich im Amt mäßigen dürfte. Nur eine Partei zeigt sich in Deutschland schon jetzt hochofren.



Ein gemischtes Echo von „Was haben wir getan“ über „Trump-Beben“ bis „Trumps Macht“ gab es im großen britischen Blätterwald.

FOTO: FINBARR WEBSTER/ACTION PRESS

che und Verunsicherung Europas, sobald der transatlantische Partner aus seiner angestammten Rolle ausbricht. Andererseits muss Trumps Devise „Amerika zuerst“ nicht bedeuten, dass sich die USA komplett zurückziehen. Vermutlich werden wir in Europa aber mehr Eigenverantwortung übernehmen müssen.

Das Amt des US-Präsidenten verfügt über eine große Macht. Bei vielen geht die Angst um, dass Trump diese Macht nutzt, um seine teils absurden Wahlziele umzusetzen. Wird seine Partei ihn bremsen?

„Trump wird sich für jedes seiner Projekte eine Mehrheit suchen müssen. Es wird für ihn nicht einfach.“

Ich denke, der Wahlkämpfer Trump wird in seiner künftigen Rolle als Präsident von der Breite seiner Partei wieder eingefangen werden. Der mit republikanischer Mehrheit geführte Kongress wird Trumps Politik nicht einfach durchwinken. Es wird heftige Kontroversen geben innerhalb der eigenen Partei. Schon jetzt verlaufen tiefe Gräben zwischen Teilen der Republikaner. Trump wird Kompromisse schließen müssen. Eine weitere Frage ist, wie sein Kabinett und die Administration mit den 6000 bis 8000 neu zu vergebenen Regierungsposten aussehen werden. Auch sie spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung von Trumps Politik. Es wird ihm also definitiv nicht gelingen, seine Wahlkampfziele eins zu eins umzusetzen. Trump wird sich für jedes seiner Projekte eine Mehrheit suchen müssen. Es wird für ihn nicht einfach.

Anders als andere republikanische oder demokratische Präsidentschaftskandidaten ist Trump ein Quereinsteiger, der nicht auf Netzwerke des Partei-Establishments zurückgreifen kann. Wo findet er den Rückhalt für seine Macht?

Trump muss sich zumindest einen Teil seines Netzwerks aufbauen und wird dabei nicht darum herumkommen, auch Teile des von ihm kritisierten Establishments einzubin-

den. Diese sind jedoch bislang eher am Rande der republikanischen Partei zu finden und werden nun voraussichtlich ins Machtzentrum geholt. Zudem ist Trump in der Wirtschaft gut vernetzt, etwa in der Ölindustrie oder im Bankensektor. Ich nehme an, dass er sich auch dort Teile seiner neuen Mannschaft suchen wird.

Thorsten Freers

Der Sozialwissenschaftler ist Programm-Direktor bei der deutschen Niederlassung des US-amerikanischen Aspen Institute, einer Denkfabrik mit Hauptsitz in Washington und selbstständig agierenden Vertretungen in mehreren Ländern weltweit. Freers organisiert den transatlantischen Austausch zwischen Politikern, Führungskräften und Vertretern der Zivilgesellschaft. Das Aspen Institute Deutschland wurde 1974 in Berlin gegründet. Es versteht sich als überparteilich und finanziert sich über einen Freundeskreis, Stiftungsgelder und Spenden. Der Name leitet sich von der Kleinstadt Aspen im US-Bundesstaat Colorado ab, wo das Institut im Jahr 1950 gegründet wurde. (ape)



FOTO: ASPEN INSTITUTE

Donald Trump, Frauke Petry und der Mittelfinger

Warum die AfD aus dem Ausgang der US-Wahl Hoffnung für die Bundestagswahl 2017 schöpft

VON TINO MORITZ

DRESDEN – Drei Chancen gebe es, wenigstens eine sollte klappen. So lautete die Prognose eines AfD-Strategen vor einem halben Jahr, als es um mögliche Schützenhilfe für seine Partei auf dem Weg in den Bundestag 2017 ging.

Die erste Chance schien sich schnell erübrigt zu haben, als in Österreich bei der Bundespräsidentenwahl im Mai der Kandidat der Grünen hauchdünn vor dem Kontrahenten der FPÖ lag. Doch diese Wahl muss im Dezember wiederholt werden. Schon im Juni entschieden sich die Briten für den Brexit und nun im November die US-Amerikaner für Donald Trump.

Es ist also kein Zufall, wenn AfD-Chefin Frauke Petry nach der US-Wahlnacht in der „Jungen Freiheit“ gleich auch noch Großbritannien

und Österreich anführt und frohlockt: „Der Zeitgeist dreht sich. Das Pendel schwingt zurück.“ Trump sei für den Mut belohnt worden, „sich gegen das System aufzulehnen und unbequeme Wahrheiten auszusprechen“, jubelt ihr Co-Chef Jörg Meuthen. Petry nennt es „höchste Zeit, dass auch in den USA das vom politischen Establishment entmündigte Volk seine Stimme zurückerhält.“

Schon vor der Wahl hatte sie aus ihrer Sympathie für Trump keinen Hehl gemacht, der wie die AfD die Etablierten bedrohe. Wie andere Parteien in Europa zeige die AfD dem „Establishment, das sich seit Jahrzehnten eingerichtet und verfestigt hat, den politischen Mittelfinger“, erklärte sie am Samstag vor hessischen Parteifreunden. Das sei nicht immer fein, aber ehrlich, befand Petry und schlussfolgerte: „Wir sollten an dieser Strategie festhalten.“

Einen Einblick in diese Mittelfin-

Frauke Petry

AfD-Vorsitzende



FOTO: WOLFGANG KUMM/DPA

sind keine Menschen ... das sind Verbrecher.“) und erwähnte auch andere Äußerungen von Regierungsvertretern oder Abgeordnetenkollegen, in denen diese sich angeblich „immer wieder“ über sächsische Bürger erhoben hätten.

Der geballte Protest der versammelten Konkurrenz von der CDU bis zur Linken war Petry sicher und damit auch die Frontenbildung: auf der einen Seite die „Konsensparteien“, wie die AfD-Fraktion später spottete, auf der anderen Seite eben die „Alternative für Deutschland“. Von der Gegenseite ausgelacht wurde Petry für ihre Behauptung, dass AfD-Abgeordnete bei den Pöbeleien am 3. Oktober in Dresden „versucht haben, die Krakeeler zu beruhigen“. Zum Schluss der Debatte erklärte Petry, die AfD sei angetreten, die bisherige Politik zu korrigieren: „Wie Sie uns gezeigt haben, werden Sie uns dabei tatkräftig Hilfe leisten.“

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG
 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15
 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261
Telefon: 0371 6560
Telefax Redaktion: 0371 656-17084
Telefax Anzeigen: 0371 656-17077
Internet: www.freiepresse.de
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de
Geschäftsführer: Ulrich Lingnau
Chefredakteur: Torsten Kleditzsch
 (verantwortlich für den redaktionellen Teil)
Stellvertretende Chefredakteure:
 Udo Lindner, Jana Klameth
Mitglied der Chefredaktion: Sascha Aurich
Anzeigenleitung:
 Gesamt: Tobias Schniggenfittig
 (verantwortlich für den Anzeigenteil)
 National: Alexander Arnold
 Regional: Steffen Schulle
Leiter Leserkreis: Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 28,80 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 35,90 €.

Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.